

newsletter

verbraucherpolitik eu aktuell

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik	1
Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr	1
Finanzdienstleistungen	2
Gesundheit / Ernährung	3
Telekommunikation / Medien / Internet	4
Wirtschaftsfragen / Wettbewerb	6
Terminvorschau	7

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik

Mangel an geeigneten Verbraucherinformationen über Tierschutzaspekte

Die EU-Kommission legte am 19. Januar 2012 eine Mitteilung zur europäischen Tierschutzstrategie für die nächsten vier Jahre (2012-2015) vor. Die EU-Kommission wird prüfen, ob ein vereinfachter EU-Rechtsrahmen mit Tierschutzgrundsätzen für alle Tiere eingeführt werden kann. Die Prüfung soll gegebenenfalls unter Einchluss von Heimtieren erfolgen. Geprüft würde auch eine Verbesserung der Tierschutzinformationen für Verbraucher zur Erleichterung ihrer Kaufentscheidung. Der überarbeitete EU-Rechtsrahmen für den Tierschutz könnte auf die Bereitstellung eines Instruments abzielen, welches den Verbrauchern gewährleistet, dass tierschutzbezogene Angaben transparent und wissenschaftlich relevant sind.

Laut einer EU-weiten Umfrage sei Tierschutz für 64 Prozent der Bevölkerung ein wichtiges Thema. Studien zeigten jedoch, dass der Tierschutz nur einer der Faktoren ist, die die Kaufentscheidung von Verbrauchern beeinflussen. Häufig finde dieser Aspekt keine Berücksichtigung, weil die Verbraucher über die Produktionsmethoden und

deren Auswirkungen auf das Wohlergehen der Tiere nicht immer ausreichend informiert seien. Letztlich richteten sich die Verbraucherentscheidungen in erster Linie nach dem Preis und nach den unmittelbar nachprüfbar Merkmalen der Lebensmittelzeugnisse.

Die EU-Kommission will aber auch die derzeitigen europäischen Tierschutzbestimmungen entschieden durchsetzen. Hierzu gehören das seit Jahresbeginn geltende Verbot der Käfighaltung von Legehennen und der Schutz von Schlachttieren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/28&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/actionplan/docs/aw_strategy_19012012_de.pdf (Mitteilung)

Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr

1. Strengere Vorschriften für Entsorgung von Elektroschrott

Das Europäische Parlament stimmte am 19. Januar 2012 einer Änderung der EU-

verbraucherpolitik eu aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt Ihnen einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Berichtszeitraum
9. bis 22. Januar 2012

Impressum

Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
Markgrafenstraße 66
10969 Berlin

Referentin Internationales
Maren Osterloh M.A.
eu-internationales@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter nehmen wir gerne entgegen.

Richtlinie zu Elektro- und Elektronik-Altgeräten zu. Diese bietet Verbrauchern nunmehr die Möglichkeit, kleine Geräte wie Handys in allen größeren Elektrogeschäften zurückgeben zu können, ohne ein neues Gerät kaufen zu müssen.

Die Mitgliedstaaten erlassen geeignete Maßnahmen, um die Entsorgung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten in der Form von unsortiertem Siedlungsabfall möglichst gering zu halten. Die ordnungsgemäße Behandlung sämtlicher gesammelter Elektro- und Elektronik-Altgeräte ist sicherzustellen. Vor allem bei Kühl- und Gefriergeräten, die Ozon abbauende Stoffe und fluorierte Treibhausgase enthalten, Leuchtstofflampen, die Quecksilber enthalten, Photovoltaik-Modulen und kleinen Geräten ist eine hohe Sammelquote zu erreichen.

Ab 2016 müssen die meisten EU-Mitgliedstaaten jährlich 45 Tonnen Elektroschrott pro 100 Tonnen verkaufter Elektro- und Elektronikgeräte einsammeln, die in den drei Jahren davor im Durchschnitt verkauft worden sind. 2019 steigt diese Rate auf 65 Tonnen oder 85 Prozent der verkauften Geräte.

Nach aktuellen Schätzungen entsprechen eine Sammelquote von 85 Prozent des Aufkommens an Elektro- und Elektronik-Altgeräten ungefähr einer Sammelquote von 65 Prozent des Durchschnittsgewichts der Elektro- und Elektronikgeräte, die in den drei Vorjahren in Verkehr gebracht wurden.

Für die zehn neuen Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa ist für 2016 ein Zwischenziel von 40 Tonnen Elektroschrott pro 100 Tonnen verkaufter Elektrowaren und eine Frist bis 2021 zur Erreichung des Gesamtziels gesetzt worden.

Das Europäische Parlament hat im Vorfeld seines Beschlusses eine Einigung mit dem EU-Ministerrat gefunden. Nach förmlicher Zustimmung durch den EU-Ministerrat haben die Mitgliedstaaten 18 Monate Zeit zur Anpassung ihrer nationalen Gesetzgebung.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press->

[room/content/20120119IPR35666/html/Besere-Entsorgung-und-Wiederverwertung-von-Elektroschrott](http://www.europarl.europa.eu/content/20120119IPR35666/html/Besere-Entsorgung-und-Wiederverwertung-von-Elektroschrott)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0009+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Online-Konsultation für mehr nachhaltigen Verbrauch

Die Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission hat am 11. Januar 2012 eine Online-Konsultation für mehr nachhaltigen Verbrauch und mehr nachhaltige Produktion gestartet. Die EU-Kommission erbittet bis zum 3. April 2012 Informationen, um gegebenenfalls neue europaweite Maßnahmen zur Förderung von nachhaltigem Verbraucherverhalten und nachhaltigen Produktionsformen vorzuschlagen.

<http://ec.europa.eu/environment/consultations/sustainable.htm>

http://ec.europa.eu/environment/eussd/escp_en.htm

Finanzdienstleistungen

1. Schwere Mängel bei Online-Kreditangeboten

In zwei von drei Fällen informieren Webseiten, die im Internet Kredite oder Kreditkarten anbieten, Verbraucher unzulänglich. Oft fehlen etwa Angaben über die Gesamtkosten, die Laufzeit des Vertrags oder die effektive Zinsbelastung. Dies zeigt eine europaweite Überprüfung von Verbraucherkredit-Webseiten, die EU-Verbraucherkommissar John Dalli am 10. Januar 2012 vorgestellt hat. In Deutschland war die Lage noch schlechter als im europäischen Durchschnitt: 20 von 26 Webseiten wiesen erhebliche Mängel auf.

"Verbraucherkredite sind nicht immer leicht zu verstehen; deswegen gibt es europäische Rechtsvorschriften, die den Verbrauchern dabei helfen sollen, ihre Entscheidungen in voller Kenntnis der

Sachlage zu treffen. Es ist äußerst wichtig, dass die Verbraucher von den Unternehmen richtige und vollständige Informationen erhalten. Aufgabe der Kommission ist es, dies zusammen mit den nationalen Aufsichtsbehörden sicherzustellen", sagte John Dalli.

Grenzüberschreitende Fälle (in Deutschland trifft dies auf 5 Webseiten zu) werden vom Netzwerk der nationalen Verbraucherschutzbehörden weiterverfolgt, die übrigen von den nationalen Behörden. Wenn die Unternehmen keine Abhilfe leisten, riskieren sie Geldbußen oder die Schließung der betreffenden Webseiten. Die Aufsichtsbehörden müssen der EU-Kommission bis zum Herbst 2012 über ihr Vorgehen berichten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/6&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/2&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Mängel auf Markt für Kartenzahlungen in Europa

In ihrem Monatsbericht für Januar 2012 schreibt die Europäische Zentralbank, dass bei Kartenzahlungen noch erhebliche Anstrengungen zur Schaffung eines integrierten europäischen Marktes erforderlich sind. Die technische Komplexität des Marktes für Kartenzahlungen, der sich die Verbraucher im Allgemeinen nicht bewusst seien, und die hohe Zahl der involvierten Marktteilnehmer machten die Errichtung eines einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (SEPA) für Karten zu einer großen Herausforderung. Ziel müsse sein, dass jede SEPA-konforme Karte im gesamten Euro-Währungsgebiet eingesetzt werden kann. Laut einer Studie der EU-Kommission schlagen 60 Prozent der im Rahmen einer grenzüberschreitenden Online-Bestellung angestrebten Kreditkartenzahlungen fehl, da die Internethändler keine ausländischen Kreditkarten akzeptieren. Es sei auch kein Einsatz an jedem Terminal möglich.

Auch eindeutige Geschäftsregeln seien von wesentlicher Bedeutung für die Funk-

tionsfähigkeit des Kartenzahlungsmarkts. Im Jahr 2010 habe die kanadische Regierung einen Verhaltenskodex für die Kredit- und Debitkartenbranche des Landes veröffentlicht, um faire Geschäftspraktiken zu fördern und sicherzustellen, dass sich Händler und Verbraucher der mit Kredit- und Debitkarten verbundenen Kosten und Vorteile bewusst sind. Der europäische Markt für Kartenzahlungen sei dagegen von einem hohen Maß an Selbstregulierung durch die Branche gekennzeichnet. Bis auf Weiteres seien in Europa keine weitreichenden öffentlichen Interventionen geplant; allerdings beobachte die EU-Kommission die Lage genau.

http://www.bundesbank.de/download/ezb/monatsberichte/2012/201201.ezb_monatsbericht_frei.pdf (S. 81-93)

Gesundheit / Ernährung

1. Europäisches Parlament für größeren Einfluss der Landwirte auf Preisgestaltung

In seiner Entschliebung vom 19. Januar 2012 geht das Europäische Parlament davon aus, dass die Verhandlungsposition der landwirtschaftlichen Erzeuger und der Verarbeitungsbetriebe beim Preisniveau im Rahmen der Wertschöpfungskette immer schwächer wird. Ferner entsprächen die von den Verbrauchern für die Erzeugnisse gezahlten Preise nicht den Preisen, die den Landwirten für ihre Erzeugung gezahlt werden.

Das Europäische Parlament fordert daher die EU-Kommission auf, das europäische Instrument zur Preisüberwachung zu verbessern. Die EU-Kommission solle ein benutzerfreundliches Modul entwickeln, das es Verbrauchern und Interessengruppen gestattet, die Preise für Grundnahrungsmittel an jedem Punkt der Lebensmittelversorgungskette zu vergleichen. Dabei sollen auch die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in den Mitgliedstaaten berücksichtigt werden.

Vor allem aber müsse das bestehende europäische Wettbewerbsrecht geändert werden, sodass die Schwerpunktsetzung

nicht auf die Marktmacht der einzelnen Unternehmen beschränkt ist. Wettbewerbsverzerrungen dürften nicht länger ausschließlich unter dem Aspekt der negativen Folgen für die Verbraucher betrachtet werden. So sollten Erzeugerorganisationen und Branchenverbände sich gegen die großen Einzelhandelsunternehmen durchsetzen können. Anzumerken ist, dass damit eine Umschreibung für Erzeugerkartelle gefunden worden ist.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0012+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Stopp für Lebensmittelverschwendung in Europa

Das Europäische Parlament forderte am 19. Januar 2012 dringend Maßnahmen, um die Lebensmittelverschwendung in der EU bis 2025 um die Hälfte zu verringern und einkommensschwachen Haushalten den Zugang zu Lebensmitteln zu erleichtern. Fast die Hälfte aller essbaren Lebensmittel in Haushalten, Supermärkten und Restaurants landeten im Müll, während 79 Millionen EU-Bürger unter der Armutsgrenze lebten und 16 Millionen Menschen von Lebensmittelhilfe abhängig seien.

Verbraucher müssten besser über den Unterschied zwischen qualitätsbezogenen Verbrauchsdaten ("mindestens haltbar bis" oder "best before") und aus Gesundheitsgründen angeführten Ablaufdaten Bescheid wissen. Lebensmittel mit fast abgelaufener Haltbarkeitsfrist sollten verbilligt angeboten werden.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/content/20120118IPR35648/html/Parliament-will-Lebensmittelverschwendung-in-der-EU-stoppen>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0014+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Telekommunikation / Medien / Internet

1. Beseitigung von Hindernissen für elektronischen Handel

Die EU-Kommission legte am 11. Januar einen Aktionsplan vor, durch den eine Verdoppelung des elektronischen Handels bis 2015 ermöglicht werden soll. „Sein Ziel ist die Beseitigung sämtlicher Hemmnisse, die die Entwicklung der europäischen Internetwirtschaft bislang gebremst haben“, sagten Binnenmarktkommissar Michel Barnier, die für die Digitale Agenda zuständige Vizepräsidentin Neelie Kroes und Verbraucherschutzkommissar John Dalli.

Die fünf Haupthindernisse für den digitalen Binnenmarkt seien:

- das nach wie vor unzureichende legale und grenzübergreifende Angebot an Online-Diensten,
- der unzureichende Kenntnisstand der Internet-Diensteanbieter und mangelnde Schutz der Internet-Benutzer,
- unzureichende Zahlungs- und Liefersysteme,
- die zu große Zahl von Missbrauchsfällen und die Schwierigkeit der Streitbeilegung,
- das nach wie vor unzureichende Angebot an Breitbandnetzen und fortgeschrittenen technologischen Lösungen.

Die geltende EU-Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr habe sich bewährt. Die Umsetzung müsse aber durch bessere Verwaltungszusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten verbessert werden. So soll verhindert werden, dass Verbrauchern der Zugang zu Online-Diensten durch wettbewerbswidrige Praktiken erschwert wird. Bei digitalen Inhalten wie Musik oder audiovisuellen Produkten seien länderübergreifende oder gesamt-europäische Angebote nach wie vor be-

grenzt; hierzu werde die EU-Kommission 2012 einen Rechtsrahmen vorschlagen, der eine gesamteuropäische Vermarktung ermöglicht. 2012 werde die EU-Kommission auch einen Aktionsplan zu Online Spielen vorlegen, der den Verbraucherschutz und die Ausweitung der legalen Angebote fördert.

Die EU-Kommission wird unter Nutzung der bestehenden Netze die Internet-Händler über ihre Pflichten bei einem grenzübergreifenden Verkauf und über die Chancen eines Verkaufs in andere EU-Länder informieren. Für die Verbraucher soll als Gegenstück dazu ein Leitfaden über ihre Rechte im Internet veröffentlicht werden. Parallel dazu wird die Kommission eine interaktive Online-Plattform zur Schulung der Verbraucher entwickeln, die auch Informationen zu den neuen digitalen Technologien enthält.

Zeitgleich mit dem Aktionsplan für elektronischen Handel entwickelt die EU-Kommission eine Strategie für die Integration der Märkte für Karten-, Internet- und Mobiltelefonzahlungen. Ferner sucht sie nach Lösungen für eine bessere grenzübergreifende Paketzustellung.

Die EU-Kommission dringt ferner auf eine wirksamere Missbrauchsbekämpfung und bessere Streitbeilegung. Sie werde 2012 eine Regelung zu Melde- und Abhilfeverfahren bei Missbräuchen und illegalen Inhalten vorschlagen. Die Beilegung von Streitigkeiten über das Internet solle erleichtert werden. Alternative Systeme zur Streitbeilegung über das Internet seien bisher kaum verfügbar; das Europäische Parlament und der EU-Ministerrat werden ermutigt, über die hierzu vorliegenden Vorschläge rasch zu entscheiden. 2012 werde die EU-Kommission auch eine Gesamtstrategie für die Internet-Sicherheit in Europa vorlegen.

Der weitere Ausbau der Breitbandnetze sei unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung der Online-Dienste. Die EU-Mitgliedstaaten müssten die europäischen Rechtsvorschriften über elektronische Kommunikation rasch umsetzen und die Investitionen erhöhen. Die neuen Formen des Online-Konsums, wie die Nutzung des mobilen Internet (Smartphones, Tablet-

PCs) setzten einen verstärkten Zugang zum Funkfrequenzspektrum voraus. Neben den Infrastrukturen müsse sich Europa aber auch den Herausforderungen der fortgeschrittenen Technologien stellen. Vor allem das „Cloud-Computing“ biete ein erhebliches Potenzial; hierzu werde die EU-Kommission 2012 eine Gesamtstrategie vorlegen.

Für 2012 ist schließlich eine „Europäische Verbraucheragenda“ geplant, welche auch die Rechte der Verbraucher im digitalen Binnenmarkt in den Vordergrund stellt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/10&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/e-commerce/docs/communication2012/COM2011_942_de.pdf (Mitteilung)

http://ec.europa.eu/internal_market/e-commerce/communication_2012_de.htm

2. Leichteres Bezahlen im Internet

Die EU-Kommission möchte erreichen, dass das Bezahlen im Internet einfacher, transparenter und sicherer wird. Dazu hat sie am 11. Januar 2011 eine öffentliche Konsultation gestartet. In einem „Grünbuch“ beschreibt sie die derzeitige Situation bei Karten-, Internet- und Mobilfunkzahlungen in Europa. Zudem wird untersucht, welche Lücken im Hinblick auf einen voll integrierten Zahlungsverkehrsmarkt bestehen.

Hierzu sagte der für Binnenmarkt und Dienstleistungen zuständige Kommissar Michel Barnier: „Europa hat die Möglichkeit, an vorderster Front mitzugestalten, wie in Zukunft gezahlt wird. Bei der aktuellen Fragmentierung des Marktes können wir dieses Ziel jedoch nicht erreichen. Verbraucher, Einzelhändler und Unternehmen können die Vorteile des Binnenmarkts nur dann in vollem Umfang nutzen, wenn ihnen sichere, effiziente, wettbewerbsfähige und innovative elektronische Zahlungssysteme zur Verfügung stehen; diese fördern zudem das Wachstum des elektronischen Handels.“

Die zentralen Themen des „Grünbuchs“ sind:

- allgemeiner Marktzugang und Marktzutritt für bestehende und neue Diensteanbieter,
- Zahlungssicherheit und Datenschutz,
- transparente und effiziente Preisbildung für Zahlungsdienste,
- technische Normung,
- Interoperabilität zwischen Dienstleistungsanbietern.

Die EU-Kommission erbittet bis zum 11. April 2012 Kommentare zu diesem „Grünbuch“. Nach einer gründlichen Analyse der Rückmeldungen will die EU-Kommission noch vor Sommer 2012 ihre weiteren Schritte ankündigen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/11&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/docs/2012/cim/com_2011_941_d_e.pdf (Grünbuch)

Wirtschaftsfragen / Wettbewerb

1. Zinsniveau bleibt niedrig

Der Rat der Europäischen Zentralbank („EZB-Rat“) beließ am 12. Januar 2012 den Leitzins wie erwartet auf dem Allzeit-Tief von einem Prozent. Zum Zinssatz des Leitzinses erhalten die Banken bis zu drei Jahre lang unbegrenzt Liquidität. Weitere Senkungen des Leitzinses sind möglich. Zahlreiche Analysten erwarten für 2012 eine Senkung auf ein halbes Prozent.

Der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, begründete das Festhalten an einem Prozent mit einer geringen Inflationsgefahr. Zwar seien die Verbraucherpreise im Euroraum im De-

zember 2011 um 2.8 Prozent gestiegen, doch werde im Laufe des Jahres das Stabilitätsziel der EZB von „unter, aber nahe bei zwei Prozent“ wieder erreicht. Die weiterhin schwache Konjunktur wirke sich dämpfend auf Löhne und Preise aus. Wegen der anhaltenden Spannungen auf den Finanzmärkten erhole sich die Wirtschaft nur langsam.

<http://www.ecb.int/press/pr/date/2012/html/pr120112.de.html>

<http://www.ecb.int/press/pressconf/2012/html/is120112.en.html>

2. Weniger gefälschte Euro-Banknoten

Im Jahr 2011 wurden europaweit rund 606.000 gefälschte Euro-Banknoten aus dem Verkehr gezogen. Dies ist ein Fünftel weniger als 2010. Am häufigsten gefälscht werden die 20-Euro- und die 50-Euro-Geldscheine; auf diese Stückelungen entfallen vier Fünftel aller Geldfälschungen. Die Bundesbank hat im Jahr 2011 rund 39.000 falsche Euro-Banknoten registriert, ein Drittel weniger als im Vorjahr. Dies waren fünf falsche Banknoten auf 10.000 Einwohner.

„Das Risiko, mit Falschgeld in Berührung zu kommen, ist in Deutschland sehr gering“, sagte Carl-Ludwig Thiele, im Vorstand der Deutschen Bundesbank für Bargeld zuständig. „Zurückzuführen sind die niedrigen Falschgeldzahlen auf eine effiziente Polizeiarbeit im In- und Ausland und die Maßnahmen der Bundesbank zur Falschgeldprävention“, so Thiele weiter.

<http://www.ecb.int/press/pr/date/2012/html/pr120116.de.html>

<http://www.bundesbank.de/download/press/presse/presse-notizen/2012/20120116.falschgeld.php>

3. EU-Kommission plant keine Änderung an "Made in Germany"-Regeln

Die EU-Kommission wies am 16. Januar 2012 Berichte über angeblich von ihr geplante Einschränkungen bei der Verwendung des "Made in Germany"-Labels zurück. Weder habe die Kommission eine

Abschaffung noch eine Erschwernis dieser Herkunftsbezeichnung vorgeschlagen. Richtig sei, dass Überlegungen zu Herkunftsbezeichnungen aus nicht-europäischen Staaten angestellt würden; einen konkreten Vorschlag gebe es aber noch nicht. Für Exportgüter aus Europa seien dagegen keinerlei Regelungen geplant.

Hintergrund sind Befürchtungen in deutschen Wirtschaftskreisen, wonach Produkte nur als "Made in Germany" bezeichnet werden dürfen, wenn mindestens 45 Prozent des Wertanteils aus Deutschland stammen.

Gerd Billen, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv) forderte eine Überarbeitung der Kennzeichnungsregelungen auch für in der Europäischen Union hergestellte Produkte. Das Siegel "Made in Germany" gelte seit Jahrzehnten als Nachweis einer besonders hohen Produktqualität. "Bereits jetzt können Verbraucher damit aber durchaus legal in die Irre geführt werden. Im Extremfall können Waren bis zu 90 Prozent in anderen Ländern hergestellt und dennoch mit 'Made in Germany' gekennzeichnet sein", so Billen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10398_de.htm

http://www.pnp.de/nachrichten/heute_in_ihrer_tageszeitung/politik/319599_Deutsche-Aufregung-um-Made-in-Germany.html

4. Strengere Kontrollen bei Schädlingsbekämpfungsmitteln

Das Europäische Parlament stimmte am 19. Januar 2012 strengeren Sicherheitsüberprüfungen bei Biozid-Produkten wie Rattengift oder auch Desinfektionsmitteln zu. Schädliche Substanzen, wie etwa solche, die krebserregend sind oder die Fortpflanzungsfähigkeit beeinträchtigen sollen grundsätzlich verboten werden. Für Produkte mit Nanomaterialien werden besondere Sicherheitskontrollen und eine deutliche Kennzeichnung eingeführt. Neu sind auch Vorschriften für Waren, die mit Bioziden behandelt worden sind. Damit werden mit einem Fungizid

belastete Möbel oder antibakteriell beschichtete Küchenarbeitsflächen erfasst.

Die neuen Regelungen bedürfen noch der Zustimmung des EU-Ministerrats. Dies gilt als Formsache, da sich die Vertreter des Europäischen Parlaments und des EU-Ministerrats im Vorfeld auf einen gemeinsamen Text geeinigt haben.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/content/20120119IPR35664/html/Parlament-f%C3%BCr-strengere-Kontrollen-bei-Sch%C3%A4dlingsbek%C3%A4mpfungsmitteln>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0010+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Terminvorschau

Rat

Rat für Landwirtschaft und Fischerei (23. Januar 2012)

Aussprache über Reform der Gemeinsamen Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse; Arbeitsprogramm des Vorsitzes; Aktionsplan der Gemeinschaft für den Schutz und das Wohlbefinden von Tieren 2011-2015.

Rat für Wirtschaft und Finanzen (24. Januar 2012)

Arbeitsprogramm der Ratspräsidentschaft; Fortschrittsbericht zu Derivatehandel; Verordnungen zur verstärkten Haushaltsüberwachung im Eurogebiet; Aussprache über Jahreswachstumsbericht und Vereinbarungen der Mitgliedstaaten zur Stärkung von Wirtschaft und Finanzen (EuroPlus-Pakt).

Europäisches Parlament

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (23./24. Januar 2012)

Öffentliche Anhörung zur Staatsverschuldungskrise in Europa: Bewertung des derzeitigen europäischen Instrumentariums – Bewältigung der anstehenden Herausforderungen; Öffentliche Anhörung zu Ratingagenturen; Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen; Öffentliche Anhörung zur Richtlinie über Marktmissbrauch.

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (23./24. Januar 2012)

Geografische Angaben für aromatisierte Weinerzeugnisse.

Ausschuss für Kultur und Bildung (23./24. Januar 2012)

Online-Vertrieb audiovisueller Werke in der EU; Bericht über die Unionsbürgerschaft 2010 – Weniger Hindernisse für die Ausübung von Unionsbürgerrechten.

Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (23.-25. Januar 2012)

Überprüfung des 6. Umweltaktionsprogramms und Festlegung der Prioritäten für das 7. Umweltaktionsprogramm; Lebensversicherung und Naturkapital: Eine Biodiversitätsstrategie der EU für das Jahr 2020; Bericht über die Delegationsreise zur Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen in Durban, Südafrika; Mündliche Anfrage zu minderwertigen, mit Silikongel gefüllten Brustimplantaten des französischen Herstellers PIP.

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (23.-25. Januar 2012)

Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union; Kurzanhörung über die energiepolitische Zusammenarbeit und Außenbeziehungen im Energiebereich; Aufnahme der energiepolitischen Zusammenarbeit mit Partnern jenseits unserer Grenzen: Strategie für eine sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Energie-

versorgung; Ressourcenschonendes Europa.

Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (23./24. Januar 2012)

Zukunft der Regionalflughäfen und des Luftverkehrs in der EU; Aussprache mit der EU-Kommission über das Flughafenpaket;

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (24./25. Januar 2012)

Öffentliche Anhörung zum Zugang zu einem Basiskonto; Wohnimmobilienkreditverträge; Umsetzung der Richtlinie zum Verbrauchercredit; Zwanzig Hauptanliegen der Bürger und Unternehmen beim Funktionalisieren des Binnenmarktes; Weniger Hindernisse für die Ausübung von Unionsbürgerrechten; Europäische Normung; Sportboote und Wassermotorräder.

Fischereiausschuss (24.-26. Januar 2012)

Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP); Öffentliche Anhörung zum Thema „Die gemeinsame Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur im Rahmen der GFP-Reform“; Gemeinsame Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur; Ressourcenschonendes Europa; Lebensversicherung und Naturkapital: Eine Biodiversitätsstrategie der EU für das Jahr 2020.

Rechtsausschuss (25./26. Januar 2012)

Vorstellung einer Studie über die Anwendung fakultativer Instrumente im Bereich des Zivilrechts in Europa durch Bénédicte Fauvarque-Cosson, Professorin an der Universität Panthéon-Assas (Paris II), Ko-Präsidentin von Trans Europe Experts (TEE); Änderung der Verordnung über Ratingagenturen; Durchsetzung der Rechte geistigen Eigentums durch die Zollbehörden; Zulässige Formen der Nutzung verwaister Werke; Vorreiterrolle des eGovernment für einen wettbewerbsgeprägten Binnenmarkt für digitale Dienste.

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (25./26. Januar 2012)

Abkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada über die Übermittlung und die Verwendung von Fluggastdaten-sätzen (Stand der Verhandlungen)

Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (30./31. Januar 2012)

Aktueller Stand der Umsetzung der Verordnung über gesundheitsbezogene Angaben; Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO2-armen Wirtschaft bis 2050; Änderung der Richtlinie zur Restrukturierung der gemeinschaftlichen Rahmenvorschriften zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom; Bericht über die Entwicklung, Validierung und rechtliche Anerkennung von Alternativmethoden für Tierversuche im Bereich kosmetischer Mittel (2009).

Plenum (1./2. Februar 2012)

Kollektiver Rechtsschutz; EU-Wettbewerbspolitik; Jährlicher Steuerbericht; Die europäische Dimension des Sports; Anwendung der Abfallentsorgungsrichtlinie.

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung der Kommission (25. Januar 2012)

Reformvorschläge für das Datenschutzrecht.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion und Verbrauch (1. Februar 2012)

Initiativstellungnahme zu bürgerorientierter Binnenmarktpolitik; Online-Vertrieb von audiovisuellen Werken;

Transparenzanforderungen bei börsennotierten Wertpapieren.

Ausschuss der Regionen

Fachkommission für natürliche Ressourcen (31. Januar 2012)

Stellungnahmen zu den „Legislativvorschlägen für die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik“, zum „Verbraucherprogramm (2014-2020)“, zu dem Programm: Gesundheit für Wachstum (2014-2020) und zu dem neuen Europäischen Meeres- und Fischereifonds.

Europäisches Gericht

Urteil in der Rechtssache T-332/10 (25. Januar 2012)

Schutz der Marke VIAGRA vor Verwechslung durch das Wortzeichen VIAGUARA (für Mineralwasser und andere Getränke).

Newsletter verfasst von Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv)